Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Ihr Ansprechpartner
Jens Jungmann

Durchwahl
Telefon +49 351 564 80600
Telefax +49 351 564 80680

presse@smwa.sachsen.de*

03.11.2026

Zuschlag für sächsischen Kraftwerksstandort ist wichtiges Signal für Versorgungssicherheit und Strukturwandel

Wirtschaftsminister Panter: »Sachsen kann auch künftig einen wichtigen Beitrag zu einer sicheren und verlässlichen Stromversorgung leisten«

Der bisherige sächsische Braunkohlestandort Boxberg der LEAG hat bei den Ausschreibungen nach dem Strom-Versorgungssicherheits- und Kapazitätengesetz (StromVKG) zwei Zuschläge erhalten. An diesem Standort sollen künftig neue Gas-Kraftwerke (rund 910 rMW) entstehen, die später auch auf einen Betrieb mit Wasserstoff umgerüstet werden können.

Dazu erklärt Sachsens Wirtschafts- und Energieminister Dirk Panter: »Das ist eine gute und enorm wichtige Nachricht für Sachsen und für ganz Ostdeutschland. Das Ende der Braunkohle bedeutet also nicht das Ende des Kraftwerksbetriebs. Auch künftig wird das Energieland Sachsen einen bedeutenden Beitrag für die Versorgungssicherheit leisten – wie schon seit vielen Jahrzehnten. Wir brauchen auch künftig ausreichend steuerbare Stromerzeugung, um die schwankende Einspeisung aus erneuerbaren Energien auszugleichen und die Versorgung von Wirtschaft und Bevölkerung zuverlässig sicherzustellen. Zu begrüßen ist, dass die bezuschlagten Gebote deutlich unter dem Höchstwert lagen. Durch die Weiternutzung bestehender Infrastruktur am Kraftwerkstandort Boxberg in Sachsen werden Kosten für einen kompletten Kraftwerksneubau vermieden. Das ist volkswirtschaftlich sinnvoll und kommt letztlich den Stromkunden zu Gute.«

Die Ausschreibungsergebnisse zeigen zugleich, dass die bisherigen Kraftwerksstandorte auch für die Weiterentwicklung der Energieversorgung von Bedeutung sein können. Vorhandene Netzinfrastruktur, Flächen und das energiewirtschaftliche Know-how vor Ort bieten Chancen für den Aufbau neuer Erzeugungskapazitäten.

Staatsminister Panter weiter: »Einmal mehr hat sich auch ausgezahlt, hartnäckig zu bleiben und einen langen Atem zu beweisen. Denn

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz
Wilhelm-Buck-Straße 2
01097 Dresden

www.smwa.sachsen.de

Zu erreichen ab Bahnhof Dresden-Neustadt mit den Straßenbahnlinien 3 und 9, ab Dresden-Hauptbahnhof mit den Linien 3, 7 und 8. Haltestelle Carolaplatz.

* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html vermerkten Voraussetzungen.

die Forderung, dass auch die sächsischen Kraftwerksstandorte eine Zukunftsperspektive haben müssen, haben wir der Bundesregierung schon vor mehr als einem Jahr vorgetragen und mehrfach wiederholt – übrigens im engen Schulterschluss mit den weiteren Ost-Bundesländern wie Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Für die betroffenen Regionen ist wichtig, dass aus den bisherigen Kraftwerksstandorten neue Perspektiven entstehen. Der Strukturwandel muss konkrete Chancen für Wertschöpfung, Beschäftigung und Zukunftsinvestitionen schaffen. Der Freistaat wird die weitere Entwicklung konstruktiv begleiten«, so Panter.

Auf Initiative Sachsens und weiterer Akteure wurden die Ausschreibungsregelungen des Bundes so angepasst, dass ein Drittel der ausgeschriebenen Kraftwerkskapazitäten bevorzugt im Norden und Osten Deutschlands bezuschlagt worden sind. Damit wurde ein wichtiges Anliegen des Freistaates aufgegriffen: Die regionale Verteilung neuer steuerbarer Kraftwerkskapazitäten muss die Anforderungen an die Versorgungssicherheit berücksichtigen und den bisherigen Kraftwerksregionen Zukunftsperspektiven eröffnen.

Die Zuschläge eröffnen zugleich konkrete Perspektiven für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft in Sachsen. Die neu zu bauenden Gas-Kraftwerke können künftig als verlässliche Abnehmer für Wasserstoff dienen und so dazu beitragen, den Aufbau der erforderlichen Wasserstoffinfrastruktur und die Entwicklung eines Wasserstoffmarktes im Freistaat zu unterstützen. Damit verbinden sich die Sicherung steuerbarer Stromerzeugung mit neuen Zukunftsperspektiven für die sächsischen Energieregionen.

Mit dem StromVKG schafft der Bund einen Rahmen für den wettbewerblichen Zubau neuer steuerbarer Stromerzeugungskapazitäten. Die erfolgreichen Gebote müssen nun entsprechend den gesetzlichen Vorgaben umgesetzt werden.